

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 22. September 2023



Inhalt

Leitantrag zum
Kinderzukunftss-
programm

Deutschland-Pakt in
der Migrationspolitik

Krankenhäuser bis zur
Strukturreform
unterstützen

Reduzierte
Umsatzsteuer auf
Speisen in der
Gastronomie

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wollen die bestmöglichen Zukunftschancen für unsere Kinder. Sie sollen ihre Potenziale und Neigungen unabhängig von der sozialen Herkunft ihrer Eltern entfalten können und gerechte Chancen in unserer Gesellschaft erhalten. Die Bundesregierung plant eine Kindergrundsicherung, die nicht nur viel Bürokratie und Zuständigkeitswirrwarr auslöst sondern auch hauptsächlich auf eine Ausweitung der Transferleistungen abzielt. Die CDU/CSU-Fraktion stellt dem ein Kinderzukunftsprogramm entgegen, das insbesondere auf ein gutes Bildungs- und Betreuungssystem sowie die Stärkung der Familien setzt.

Beim Thema Migration kann Bundeskanzler Olaf Scholz nun beweisen, ob er es mit der Zusammenarbeit mit der Unionsfraktion ernst meint. Wir wollen unser Land voranbringen und haben dem Kanzler ein Bündel konkreter Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration vorgeschlagen. Dies kann der erste Schritt zu einem „Deutschland-Pakt“ sein. Unsere Vorschläge zur Bekämpfung der ungesteuerten Migration beinhalten Grenzkontrollen, einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen und den Abbau der sogenannten "Pull-Faktoren". Dazu gehört auch, dass vorrangig Sachleistungen statt finanzieller Leistungen gewährt werden.

Die Ampel hat unseren Antrag zum Thema reduzierte Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie abgelehnt. Die CDU/CSU-Fraktion wollte den Mehrwertsteuersatz über das Jahresende hinaus bei sieben Prozent belassen, um unsere Gastronomie vor weiteren Belastungen zu schützen.

Mehr zu diesen Schwerpunkten lesen Sie im Folgenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr

Hermann Färber MdB



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion.

Kinderzukunftsprogramm mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen

Der Rückgang der Schülerleistungen in Deutschland ist besorgniserregend: Etwa ein Viertel aller Viertklässler in Deutschland erreicht den internationalen Mindeststandard beim Lesen nicht. Der Anteil leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler im Lesen, Schreiben, Rechnen erreicht fast wieder einen Niedrigwert wie beim großen "PISA-Schock" im Jahr 2000. Das derzeitige Betreuungs- und Bildungssystem ist - auch aufgrund des akuten Fachkräftemangels - offenkundig nicht mit den benötigten Ressourcen ausgestattet, um diese Defizite zu beseitigen.

Die Ampelkoalition plant für die Kindergrundsicherung ab 2025 Mehrausgaben von zunächst etwa 2,4 Milliarden Euro ein. Neben dem Bürgergeld und der Wohngeldreform ist dies das dritte große Reformvorhaben der Bundesregierung. Laut Lindner ist es - mit Blick auf die nächsten Jahre - auch die letzte größere Sozialreform, die noch in den Haushaltsrahmen des Bundes passt. Umso mehr Grund, das Thema richtig anzugehen!

Nicht nur die CDU/CSU-Fraktion, sondern auch Kinderschutzorganisationen und das Kinderhilfswerk waren enttäuscht über den Vorschlag der Bundesregierung. Unserer Auffassung nach ist es sinnvoller, das Bildungssystem für die Kinder gezielt zu stärken, anstatt mit der so genannten "Kindergrundsicherung" neue Transferleistungen für die Eltern zu ermöglichen. Unsere Kinder brauchen die bestmöglichen Zukunftschancen und sollen ihre Neigungen und Potenziale unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern entfalten können. Unser Gegenmodell ist ein Zehn-Punkte-Kinderzukunftsprogramm, das insbesondere auf die Bildungsinfrastruktur setzt. Wir fordern daher unter anderem:

- Die Einführung einer bundesweit einheitlichen Diagnostik des Entwicklungsstands von Kindern im Alter von drei bis vier Jahren.
- Die Einführung einer verpflichtenden Vorschulförderung bei Förderbedarf.
- Eine grundlegende Stärkung des deutschen Sprachvermögens.
- Die Etablierung eines flächendeckenden Angebots von Familienlotsen für schwer erreichbare Familien.
- Eine Stärkung der "Frühen Hilfen", damit Familien frühzeitig Zugang zum Hilfesystem und passgenaue Unterstützung lokaler Anbieter erhalten.

Es braucht praktische Hilfen für Familien und Kinder, und vor allem ein Ineinandergreifen der Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik.

Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik

In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 200.000 Asylbewerber nach Deutschland. Sie müssen von Ländern und Kommunen aufgenommen, versorgt und integriert werden. Das ist ein Anstieg von über 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum - ein Rückgang ist nicht absehbar. Hinzu kommen über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge.

Bundeskanzler Scholz hat in der Generaldebatte des Bundestags am 6. September 2023 einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen, der allerdings weder konkrete Aussagen zur Migrationspolitik noch neue Ansätze zur Begrenzung der Migration beinhaltet. Nicht einmal die bereits in der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbarten, aber von der Bundesregierung nicht umgesetzten Maßnahmen – wie etwa die Verlängerung des Ausreisegewahrsams und die Ausweitung der Sicheren Herkunftsstaaten – werden wiederholt.

Die Kapazitäten unseres Staates, der Ehrenamtlichen und der Zivilgesellschaft stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Wir können die ungesteuerte Migration im derzeitigen Ausmaß auf Dauer nicht stemmen. Es braucht wirksame Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. Als konstruktive Opposition nehmen wir den Bundeskanzler beim Wort: Falls der Bundeskanzler ernsthaft die Zusammenarbeit wünscht und sein Angebot zur Zusammenarbeit nicht bloß eine Nebelkerze sein soll, sind wir zu Gesprächen über gemeinsame Lösungen bereit.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Als Sofortmaßnahmen auf nationaler Ebene fordern wir unter anderem die Einführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz sowie die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Georgien, Moldau, Indien und die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien. Darüber hinaus braucht es wirksame Vereinbarungen über die Rücknahme der jeweiligen Staatsangehörigen und Instrumente den Visa-Hebel.

Auf europäischer Ebene müssen wir die folgenden Themen angehen:

1. In den weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dürfen gegenüber dem gefundenen Kompromiss keine weiteren Abstriche gemacht werden.
2. Die Möglichkeit, Asylverfahren uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten durchzuführen.
3. Unterstützung der besonders betroffenen EU-Außengrenzstaaten. Die EU muss die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen mit finanziellen Mitteln unterstützen, die diese für einen wirksamen Grenzschutz und zur Errichtung der erforderlichen Infrastruktur benötigen.
4. Eine Klarstellung im europäischen Recht, dass Sozialleistungen – auch nach Abschluss des Asylverfahrens – nur im zuständigen Mitgliedstaat bezogen werden können.
5. Eine Klarstellung im europäischen Recht, dass Personen an den Binnengrenzen, die bereits in anderen Mitgliedstaaten einen Asylantrag gestellt haben oder eine Ablehnung erhalten haben, zurückgewiesen werden können.

Die Bundesregierung darf die Migrationslage in Deutschland nicht länger ignorieren. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es jetzt effektiver Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. Denn für uns gilt weiterhin: Humanität und Ordnung sind zwei Seiten einer Medaille.



Weitere Themen der Sitzungswoche

Krankenhäuser unterstützen bis Strukturreform greift

Unsere Krankenhäuser befinden sich aufgrund der aktuellen Kosten- und Einnahmesituation in finanziellen Schwierigkeiten. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) bestand schon im Jahr 2022 ein monatliches Defizit von rund 440 Millionen Euro für alle deutschen Krankenhäuser, welches im laufenden Jahr noch weiter steigen soll. In vielen Fällen drohen Klinikinsolvenzen, solange die geplante Krankenhausstrukturreform nicht greift und keine entsprechende Brückenfinanzierung sichergestellt wird. Eine ungesteuerte, kalte Strukturbereinigung der Krankenhauslandschaft gilt es, mit aller Kraft zu vermeiden.

Die Union fordert deshalb eine Prognose, welcher Finanzbedarf notwendig ist, um ein Vorschaltgesetz auf den Weg zu bringen. Nur so können wir Masseninsolvenzen verhindern und die Stabilisierung der stationären Versorgung bis zu dem Zeitpunkt sicherstellen, an dem die Krankenhausreform ihre Wirkung entfaltet. Parallel zu unserem Antrag debattierten wir diese Woche den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz. Das Krankenhaustransparenzgesetz soll die Leistungsqualität für Patientinnen und Patienten sichtbar machen, damit nachvollziehbar wird, welche Leistungen mit welcher Qualität im jeweiligen Krankenhaus erbracht werden. Der vorliegende Entwurf der Ampel weist in der Umsetzung noch erhebliche Mängel auf und führt in der Konsequenz zu mehr Bürokratie und nicht zu einer höheren Transparenz und besseren Qualität.

7 Prozent Mehrwertsteuersatz beibehalten

Nach drei aufeinanderfolgenden Jahren mit Verlusten ist die Lage der Gastronomie äußerst prekär. Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher schon seit Monaten die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung der ermäßigten Mehrwertsteuer für die Gastronomiebetriebe, welche seit Juli 2020 bis gegenwärtig Ende 2023 den Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent gewährt. Die Ampel hat unseren Gesetzesentwurf, diesen Steuersatz zu verstetigen, abgelehnt.

Die Initiative "Leere Stühle" hat jetzt eine Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht, um die Regierung auf die Dringlichkeit dieser Maßnahme erneut aufmerksam zu machen. Unsere Gastronomie sowie Kitas und Schulen benötigen dringend Planungssicherheit für die Situation ab 2024 und darüber hinaus muss ihre Wettbewerbsfähigkeit angesichts steigender Belastungen durch hohe Energie- und Einkaufspreise sowie gesunkener Kaufkraft gestärkt werden. Hier finden Sie die Petition zum mitzeichnen: <https://www.leere-stuehle.de/>.



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion



Zu Besuch bei ALDI SÜD in Göppingen

Zu einem Gespräch über Regionalität, Tierwohl, aktuelle Probleme der Produzenten und Versorgungssicherheit habe ich mich neulich mit ALDI SÜD in der Filiale in Göppingen verabredet. Bei einer Führung durch den Göppinger Markt stellten Filialleiter Frank Brischke, Verkaufsleiter Jochen Jaus, Regionalverkaufsleiter Niklas Renner sowie die Public Affairs Beauftragten Erik Sachtleber und Steffen Hasenohr die verschiedenen Ansätze und Projekte vor. Durch den Standortwechsel 2019 und den damit einhergehenden Umbau konnte ein neues Konzept umgesetzt werden, das den Frischehandel als Hauptgeschäftsfeld etablieren will.

Mir ist besonders wichtig, dass unsere Erzeuger einen regionalen Vertriebsweg erschließen können - angesichts kürzerer Lieferketten halte ich dies für eine ökologische und nachhaltige Konsequenz. ALDI SÜD versucht hier, mit Labels und Transparenz den Kunden für regionales Einkaufen zu gewinnen.

In den Gesprächen kamen neben der Bedeutung für den Obst- und Gemüsehandel auch das Thema des Tierwohls auf. ALDI SÜD betonte seine Selbstverpflichtung in der Initiative „Haltungswechsel“, die darauf abzielt, bis 2030 bei den Eigenmarken nur noch Frischfleisch sowie gekühlte Fleisch- und Wurstwaren der tierwohlgerechteren Haltungsstufen 3 und 4 zu verkaufen. Zudem kam die fehlende Planungssicherheit, die den landwirtschaftlichen Betrieben und damit auch dem Vertrieb große Sorgen bereitet auf, sowie die sich ständig ändernde Gesetzeslagen und damit neue Vorschriften und Richtlinien für Produzenten. Es braucht hier eine klarere Linie, damit Produzenten und Vertrieb langfristig planen können.

Gerade im Hinblick auf die Versorgungssicherheit stellen die regionalen Betriebe eine Schlüsselrolle dar. Die Widerstandsfähigkeit von Lieferketten lässt sich durch eine starke regionale Produktion erhöhen. Somit kann der Handel am Ende auch die erforderliche Planungssicherheit gewährleisten. Für mich muss daher das Ziel sein, die regionale Wertschöpfungsketten zu erhalten, heimische Produkte vermehrt im heimischen Markt zu platzieren und dadurch die Versorgungssicherheit insgesamt zu verbessern.

Terminvorschau

23. September: Pflegegipfel des Landkreis Göppingen im Landratsamt zur Besprechung der Forderungen der Altenhilfeträger aus dem Landkreis
24. September: Eröffnung des "Apfelfeschds" in Schlat
28. September: Parlamentarisches Frühstück des Deutschen Tierschutzbundes im Bundestag in Berlin
29. September: Wahl der Deutschen Weinkönigin in Neustadt an der Weinstraße
30. September: Herbstempfang der CDU Uhingen mit Roderich Kiesewetter MdB in Uhingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Sülzen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de